

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

**Dossier: Weltausstellungen**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernet, Samuel  
Buchwalder, Mathias  
Burgos, Elie  
Bühlmann, Marc  
Gsteiger, Christian  
Hirter, Hans  
Rinderknecht, Matthias  
Schnyder, Sébastien  
Ziehli, Karel

## Bevorzugte Zitierweise

Bernet, Samuel; Buchwalder, Mathias; Burgos, Elie; Bühlmann, Marc; Gsteiger, Christian; Hirter, Hans; Rinderknecht, Matthias; Schnyder, Sébastien; Ziehli, Karel 2025.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Weltausstellungen, 1992 - 2022.*  
Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 12.07.2025.

# Inhaltsverzeichnis

Schweizer Pavillon an der Weltausstellung 1992 in Sevilla Suiza no existe Schwerpunkt des Pavillons auf die Kultur zu legen	1
Weltausstellung Taejon 1993	1
Weltausstellung in Hannover Protest sondern gegen das Vorgehen der federführenden Kommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (Koko)	2
Weltausstellung „Expo 2005 Aichi“ in Japan	3
Weltausstellung 2010 in Schanghai	3
Weltausstellung vom Mai 2015 in Mailand	4
Exposition universelle Dubai 2020-2021	6
Exposition universelle Osaka 2025 (Ob. 22.027)	9

## Abkürzungsverzeichnis

<b>WBK-SR</b>	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats
<b>APK-NR</b>	Aussenpolitische Kommission des Nationalrates
<b>BAV</b>	Bundesamt für Verkehr
<b>EDA</b>	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
<b>Koko</b>	Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland
<b>WBK-NR</b>	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats
<b>BIE</b>	Bureau International des Expositions
<b>MUBA</b>	Mustermesse Basel

---

<b>CSEC-CE</b>	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des Etats
<b>CPE-CN</b>	Commission de politique extérieure du Conseil national
<b>OFT</b>	Office fédéral des transports
<b>DFAE</b>	Département fédéral des affaires étrangères
<b>Coco</b>	Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger
<b>CSEC-CN</b>	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national
<b>BIE</b>	Bureau International des Expositions

# Schweizer Pavillon an der Weltausstellung 1992 in Sevilla Suiza no existe Schwerpunkt des Pavillons auf die Kultur zu legen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 12.06.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

## Landes- und Weltausstellungen

Der **Schweizer Pavillon an der Weltausstellung 1992 in Sevilla**, welcher unter anderem ein Kunstwerk von Ben Vautiers mit der Aufschrift «Suiza no existe» (Die Schweiz existiert nicht) zeigte, löste im Parlament eine Reihe von Vorstössen aus dem rechtsbürgerlichen und rechtsnationalistischen Lager – insbesondere Abgeordnete aus dem Kanton Aargau waren dabei vertreten – aus, in welchen der Bundesrat aufgefordert wurde, die Öffentlichkeit umfassend über die laut Interpellanten zum Teil schockierende Gestaltung des Schweizer Pavillons an der «Expo 92» in Sevilla zu informieren: dringliche Interpellationen Bircher (D.lp. 92.3168) und Loretan (D.lp. 92.3180) sowie dringliche Anfrage Moser (DA 92.1032). Der Bundesrat wies in seiner Antwort darauf hin, dass schon die im Jahre 1990 vorgelegte und vom Parlament gutgeheissene Botschaft die Richtlinie enthalten hatte, die Schweiz auf eine unkonforme Art vorzustellen und den Schwerpunkt des Pavillons auf die Kultur zu legen. Anschliessend hatte der Bundesrat einen Vertrag mit der Gesellschaft Mustermesse Basel (neue Bezeichnung Messe Basel) als Generalunternehmerin zur Ausführung des Konzepts abgeschlossen. Diese wiederum überliess die künstlerische Ausgestaltung dem Musikprofessor Adolf Burkhardt, welcher unter anderem mit dem weltweit tätigen Ausstellungsmacher Harald Szeemann den Pavillon im Sinne einer kritischen und provokativen Kultur, geprägt von Antiklischees, gestaltete. Utopie, Visionen, aber auch Persiflage seien laut Bundesrat ebenfalls Elemente von Kulturschöpfung und -darstellung; die Auseinandersetzung mit derartiger Kultur sei konfliktrichtig, sie dürfe aber, wenn sie missverstanden wird, nicht einfach verteufelt werden. Als Mittel zu einem besseren Verständnis der verschiedenen Darstellungen schlug der Bundesrat eine **vertiefte Erklärung und Begleitung im Pavillon** vor.<sup>1</sup>

## Weltausstellung Taejon 1993

### Landes- und Weltausstellungen

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 07.10.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Auf Anfrage von Nationalrat Züger (sp, SZ), an wievielen der **vier bis zum Jahr 2000 geplanten Weltausstellungen** die Schweiz teilnehmen werde, antwortete Bundespräsident Felber, die Teilnahme der Schweiz sei vorerst nur für die Spezial-Weltausstellung in Taejon (Südkorea) vorgesehen, welche von August bis November 1993 stattfinden wird. Im übrigen handle es sich nur bei der geplanten Weltausstellung von Hannover im Jahre 2000 um eine grössenmässig mit der Expo Sevilla vergleichbare Ausstellung, alle andern seien sogenannte Spezial-Ausstellungen und mit weniger finanziellem Aufwand verbunden. Der Bundesrat hat für die Expo in Taejon einen Verpflichtungskredit von CHF 3.6 Mio. beantragt. Neben den wirtschaftlichen und touristischen Interessen, welche für eine Teilnahme an dieser Ausstellung sprechen, betonte der Bundesrat in seiner Botschaft auch die politische Öffnung Südkoreas und die Entspannungsbestrebungen mit Nordkorea, welche eine Unterstützung schweizerischerseits verdienten. Nachdem die Schweiz im übrigen 1990 an der Spezial-Weltausstellung in Osaka (Japan) teilgenommen hatte, wollte der Bundesrat vermeiden, durch einen Verzicht zum Vorwurf einer Benachteiligung Südkoreas gegenüber Japan Anlass zu bieten. Das Konzept für den schweizerischen Beitrag zur Spezial-Weltausstellung Taejon, deren Thema «Die Herausforderung neuer Entwicklungsmöglichkeiten» lautet, ist, im Gegensatz zu jenem der Expo 92 in Sevilla, auf traditionelle Art und Weise gestaltet worden. Praktisch diskussionslos **hiess das Parlament den bundesrätlichen Entwurf gut**.<sup>2</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 15.12.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Insgesamt war der Schweizer Pavillon mit dem vom Architekten Vincent Mangeat konzipierten Papierturm aus Recycling-Karton **beim Publikum auf grosses Interesse gestossen**. Auch das Rahmenprogramm, zu dem täglich vier Vorführungen im Theater gehörten, war ein Erfolg: nach Darstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stiess einzig die Literaturtagung auf wenig Gegenliebe. Die Besucherzahlen stiegen von zu Anfang 7'000 Personen auf über 25'000 pro Tag; im Vergleich dazu erzielte der meistbesuchte spanische Pavillon einen Gesamttagesdurchschnitt von über 30'000

Besuchern. Die MUBA als Generalunternehmerin überzog allerdings den Kredit von insgesamt CHF 27 Mio. um CHF 4.8 Mio., da die Bauteuerung höher als erwartet ausfiel und die Logiskosten für Personal und Künstler stark unterschätzt worden waren. Der Ständerat bewilligte mit 27 zu 3 Stimmen vorerst nur einen reduzierten Nachtragskredit von CHF 3.428 Mio. Nachdem der Nationalrat hingegen mit 73 zu 51 Stimmen den gesamten **Nachtragskredit** für die Weltausstellung gewährte, schwenkte der Ständerat auf den Beschluss des Nationalrats ein (BRG 91.050).<sup>3</sup>

## Weltausstellung in Hannover Protest sondern gegen das Vorgehen der federführenden Kommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (Koko)

### Landes- und Weltausstellungen

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 10.12.1998  
HANS HIRTER

Der Bundesrat beantragte dem Parlament einen Verpflichtungskredit von CHF 18 Mio., um die Teilnahme der Schweiz an der **Weltausstellung in Hannover** im Jahr 2000 zu ermöglichen. Im Rahmen des breit gefächerten Ausstellungsthemas «Mensch – Natur – Technik» will sich der vom Bündner Architekten Peter Zumthor entworfene schweizerische Pavillon vorab auf den Bereich Natur konzentrieren. Für die Regierung wäre es unverzeihlich, wenn die Schweiz auf diese Gelegenheit verzichten würde, sich einer breiten europäischen Öffentlichkeit (es werden rund 40 Mio. Besucher erwartet) in Erinnerung zu rufen. Im Rahmen der allgemeinen Ausstellungsfläche wird für das Bundesamt für Verkehr (BAV) zudem die Möglichkeit bestehen, das Konzept der schweizerischen Verkehrspolitik darzustellen. Der Antrag warf in der kleinen Kammer keine hohen Wellen; er wurde ohne Gegenstimme verabschiedet. Im Nationalrat bekämpfte eine aus Abgeordneten der FDP, der Liberalen, der FP und der CVP gebildete Kommissionsminderheit die Vorlage mit einem Nichteintretensantrag. Ihr Protest richtete sich nicht gegen die Beteiligung der Schweiz an sich und auch nicht gegen den Entwurf des Architekten, sondern gegen das Vorgehen der federführenden Kommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (Koko). Diese unterlasse es nach Ansicht der Kritiker regelmässig, die parlamentarischen Kommissionen frühzeitig über ihre Pläne und Konzepte zu orientieren und schaffe damit Sachzwänge, welche dem Parlament nur bedingungslose Zustimmung zu ihren Ideen oder aber den Verzicht auf eine Beteiligung an diesen Weltausstellungen erlaube. Mit Ausnahme der FP sprachen sich trotzdem alle Fraktionen für Eintreten aus, welches mit 105 zu 15 Stimmen beschlossen wurde. Bei sechs Gegenstimmen und neun Enthaltungen wurde der Bundesbeschluss verabschiedet.<sup>4</sup>

**INTERPELLATION / ANFRAGE**  
DATUM: 27.09.1999  
HANS HIRTER

Der Beitrag der Schweiz zum Themenpark der **Weltausstellung 2000 in Hannover**, der Aspekte der schweizerischen Verkehrspolitik hätte vorstellen sollen, musste **fallen gelassen** werden, nachdem es nicht gelungen war, neben dem Bund auch noch private Geldgeber aufzutreiben. Das eigentliche schweizerische Ausstellungsprojekt war davon nicht betroffen.<sup>5</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 06.10.2000  
HANS HIRTER

In der Sommersession musste das Parlament zum früher beschlossenen Kredit von CHF 18 Mio. für die **Darstellung der Schweiz an der Weltausstellung 2000 in Hannover** (D) noch einen Nachtragskredit von CHF 9.4 Mio. bewilligen (BRG 00.011). Mit einem vom Nationalrat überwiesenen Postulat Baumann (svp, TG; Po. 00.3377) wurde der Bundesrat aufgefordert, einen Bericht über die Ursachen und die Verantwortlichkeiten für diese massive Budgetüberschreitung vorzulegen.<sup>6</sup>

# Weltausstellung „Expo 2005 Aichi“ in Japan

## Landes- und Weltausstellungen

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 13.11.2002  
HANS HIRTER

Der Bundesrat beantragte dem Parlament einen Verpflichtungskredit von CHF 15 Mio. für die Teilnahme der Schweiz an der **Weltausstellung «Expo 2005 Aichi» in Japan**. Diese Ausstellung wird unter dem Motto «Die Weisheit der Natur» stehen.<sup>7</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 09.12.2003  
HANS HIRTER

Das Parlament hiess bei nur wenigen Gegenstimmen den vom Bundesrat im Vorjahr beantragten Verpflichtungskredit von CHF 15 Mio. für die Teilnahme der Schweiz an der **Weltausstellung «Expo 2005 Aichi» in Japan** gut.<sup>8</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 25.09.2005  
HANS HIRTER

Die Beteiligung der Schweiz an der **Weltausstellung in Aichi** (vom 25. März bis 25. September 2005 in Japan) wurde als Erfolg gewertet. Die Gestaltung des Pavillons wurde allgemein gelobt und auch in der Schweiz gab es, im Gegensatz zu früheren vergleichbaren Anlässen, keine Kritik an der Selbstdarstellung des Landes.<sup>9</sup>

# Weltausstellung 2010 in Schanghai

## Nationale Identität

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 19.09.2007  
HANS HIRTER

Der Bundesrat beantragte dem Parlament, dass sich die Schweiz an der **Weltausstellung** von Mai bis Oktober **2010 in Schanghai** (China) beteiligen solle. Das Leitthema der von rund 200 Staaten und internationalen Organisationen beschickten Ausstellung wird «Better City; Better Life» sein. Die Organisation Präsenz Schweiz hatte für die Gestaltung des schweizerischen Pavillons im Jahr 2006 einen Projektwettbewerb durchgeführt und erkor im Mai des Berichtsjahres den Sieger. Der Bundesrat beantragte einen Kreditrahmen von CHF 20 Mio., wobei ein Fünftel davon durch die Privatwirtschaft aufgebracht wird. Im Ständerat betonte Kommissionsprecherin Langenberger (fdp, VD) einerseits die grosse Bedeutung, welche China nicht zuletzt auch wirtschaftlich für die Schweiz hat, und andererseits auch die hohe Qualität des schweizerischen Projekts. Opposition gegen das Vorhaben gab es keine.<sup>10</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 04.03.2008  
HANS HIRTER

Als Zweitrat hiess auch der Nationalrat die Beteiligung der Schweiz an der **Weltausstellung von 2010 in Schanghai** (China) gut und bewilligte den Kredit von CHF 20 Mio. Ein Antrag Rennwald (sp, JU), der die Beteiligung der Schweiz von einer formellen Verpflichtung Chinas zu einer menschen- und sozialrechtskonformen Politik abhängig machen wollte, scheiterte deutlich.<sup>11</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 04.03.2008  
ELIE BURGOS

En mars, le Conseil fédéral a approuvé l'arrêté fédéral relatif à la participation de la Suisse à l'Exposition universelle 2010 de Shanghai. En tant que premier conseil, le **Conseil des Etats** a approuvé le projet tacitement et sans opposition. Au **Conseil national**, l'entrée en matière n'a pas été contestée et le projet a été soutenu par tous les groupes. Soulignant l'importance de l'Asie, un marché en pleine croissance, et de Shanghai, une métropole économique majeure, les rapporteurs de la commission ont également insisté sur le fait que ce projet visait à assurer la participation de la Suisse à la plus grande exposition universelle jamais organisée, et à tirer profit de cette occasion d'importance pour l'économie, le tourisme et la politique en général. La gauche et les Verts ont cependant fait part de leurs préoccupations concernant le problème des droits de l'homme dans ce pays. A ce titre, une minorité emmenée par Jean-Claude Rennwald (ps, JU) a proposé de subordonner la participation de la Suisse à l'engagement formel de la Chine à respecter les droits de l'homme et les droits sociaux. Estimant que faire le lien direct entre l'exposition universelle et la protection des droits de l'homme n'était pas la bonne démarche, la conseillère fédérale Micheline Calmy-Rey a déclaré que l'exposition universelle pouvait être une opportunité de présenter les bonnes pratiques dans le domaine des droits humains, par exemple dans le cadre de la responsabilité sociale des entreprises. Le plénum a rejeté la proposition de minorité par 116 voix contre 56 avant d'accepter le projet par 139 voix contre 6.<sup>12</sup>

**BERICHT**  
DATUM: 02.11.2010  
MARC BÜHLMANN

Der Schweizer Pavillon an der **Weltausstellung** vom 1. Mai bis 31. Oktober in Shanghai («Better City, Better Life») sollte die Schweiz mit dem Thema «Interaktion zwischen Stadt und Land» als innovative Nation präsentieren. Die nicht immer funktionstüchtige Seilbahn und die Bergwelt entpuppten sich als Hauptattraktionen. Auch die Städte Basel, Genf und Zürich präsentierten sich in Shanghai mit dem Motto «Better Water – Best Urban Life». Insgesamt besuchten rund drei Mio. Personen den Schweizer Pavillon, was als Erfolg verbucht wurde.<sup>13</sup>

## Weltausstellung vom Mai 2015 in Mailand

### Landes- und Weltausstellungen

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 03.02.2011  
MARC BÜHLMANN

Als erstes Gastland hat die Schweiz Anfang Februar die Teilnahme an der **Weltausstellung vom Mai 2015 in Mailand** zugesagt. Beide Seiten betonten, dass die Expo, die unter dem Titel «Feeding the Planet, Energy for Life» stattfinden wird, helfen werde, die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien zu verbessern. Das Gesamtbudget des Schweizer Auftritts soll CHF 25 Mio. betragen. Der Schweizer Auftritt bei der Weltausstellung 2010 in Shanghai hatte ebenfalls CHF 25 Mio. gekostet, wovon der Bund CHF 16 Mio. übernahm.<sup>14</sup>

**MOTION**  
DATUM: 17.06.2011  
SÉBASTIEN SCHNYDER

Le Conseil national a adopté une motion Schibli (udc, ZH) chargeant le gouvernement d'assurer que l'agriculture suisse soit présente dans les meilleures conditions lors de **l'exposition universelle** de 2015 à Milan. Le motionnaire estime qu'au vu de la thématique de cette exposition, «Nourrir la planète, énergie pour la vie», et de la haute qualité de l'agriculture suisse, le monde agricole helvétique doit y être bien représenté.<sup>15</sup>

**MOTION**  
DATUM: 26.11.2012  
MARC BÜHLMANN

Die **Weltausstellung**, die 2015 in Mailand stattfinden wird, war Anlass für zwei von den Räten im Berichtsjahr überwiesene Motionen. Sowohl die Motion de Buman (cvp, FR; Mo. 12.3287) als auch die Motion Schibli (svp, ZH; Mo. 11.3260) beauftragten den Bundesrat, der Schweiz einen prominenten Auftritt zu garantieren. Während die Motion de Buman auf eine Hervorhebung des öffentlichen Verkehrs und des Tourismus abzielt, will die Motion Schibli vor allem der Landwirtschaft eine Plattform bieten. Beide Motionen wurden vom Bundesrat unterstützt und beide stiessen im Parlament auf keinen Widerstand. Der Ständerat ergänzte die von der grossen Kammer bereits 2011 angenommene Motion Schibli gar noch mit der Forderung, dass auch das Zusammenspiel von Landwirtschaft und Tourismus aufgezeigt werden solle. Diese Ergänzung wurde vom Nationalrat diskussionslos angenommen. Insgesamt bewilligten die Räte jeweils einstimmig einen Verpflichtungskredit für das Projekt «Confooderatio Helvetica» über 23.1 Mio. CHF. Mindestens acht Mio. CHF davon sollen mittels Sponsorings aufgebracht werden.<sup>16</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 24.05.2013  
MARC BÜHLMANN

Die vom 1. Mai bis 31. Oktober 2015 unter dem Motto «Den Planeten ernähren, Energie für das Leben» in Mailand stattfindende **Weltausstellung** soll nicht nur eine Chance zur Imagepflege für die Schweiz sein, sondern auch die Türen für Schweizer Firmen in Italien, dem zweitwichtigsten Handelspartner der Schweiz, weiter öffnen. Im Mai wurden Schweizer Unternehmen aufgerufen, die Räumlichkeiten des Schweizer Pavillons als Bühne zu nutzen. Bereits im Vorjahr wurde im Parlament ein Verpflichtungskredit über CHF 23.1 Mio. bewilligt.<sup>17</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 16.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Der Beitrag der Schweiz für die vom 1. Mai bis 31. Oktober 2015 unter dem Motto «Den Planeten ernähren, Energie für das Leben» in Mailand stattfindende **Weltausstellung** soll aus vier mit Lebensmitteln gefüllten, rund 14 Meter hohen Silotürmen bestehen, die sich über die Dauer der Ausstellung leeren und so auch auf das Problem von Nahrungsknappheit aufmerksam machen. Der Entscheidungsprozess über die Art der Lebensmittel, die nicht nur hitzebeständig und haltbar sein, sondern auch die Schweiz repräsentieren sollen, entpuppte sich als langwierig. Die Idee musste aus technischen und finanziellen Gründen angepasst werden. Aus den zuerst geplanten fünf Türmen wurden vier. Von der Idee, Käse und Schokolade zu verteilen, war man zudem bereits

länger abgerückt, weil sich die Temperaturen im Inneren des Turmes nicht genügend senken lassen. Gegen den Plan, Kaffee- und Milchpulver oder Wasser von Nestlé in zwei der vier Türme zu füllen und die anderen beiden mit Zucker und Salz zu bestücken, regte sich aus verschiedenen Kreisen Widerstand – nicht zuletzt auch aus dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, das gesundheitliche Bedenken gegen die Zuckeridee anmeldete. Gegen das Engagement von Nestlé – der Nahrungsmittelkonzern trug 3 Mio. CHF an Sponsorengeldern bei – wandte sich die SP mit einer Interpellation. Martina Munz (sp, SH) mahnte einen Imageschaden an, weil Nestlé wegen der Kommerzialisierung von Wasserressourcen immer wieder kritisiert werde. In der Sonntagspresse sprach Maya Graf (gp, BL) diesbezüglich von einer schlechten Visitenkarte. Mitte Dezember kündigten die Expo-Verantwortlichen schliesslich an, einen Turm mit lokalem Leitungswasser, den zweiten mit Kaffeepulver von Nestlé, den dritten mit Salz und den vierten mit Apfelingeln zu füllen.<sup>18</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 29.09.2014  
MARC BÜHLMANN

Neben dem Bund, der ein Gesamtbudget von CHF 23 Mio. beisteuerte, planten auch die Kantone Tessin, Graubünden, Wallis und Uri, sowie die Städte Zürich, Genf und Basel einen Auftritt an der **Weltausstellung** 2015 in Mailand. Mit der Belegung des drittgrössten Pavillons versuchen die Anbieter davon zu profitieren, dass die Messe erstmals direkt vor den Toren der Schweiz stattfindet: Nebst der Werbung für die Eidgenossenschaft und die Grenzregionen soll insbesondere die Beziehung zu Italien eine Aufwertung erfahren. Just der Südkanton bzw. die Lega stellte sich aber quer. Die Protestpartei erzwang ein Referendum gegen den kantonalen Expo-Kredit von CHF 3,5 Mio: Mit dem Hinweis, dass nur Italien von dem Geld profitiere, konnte die Lega die Tessiner Stimmbevölkerung überzeugen, die den Kredit Ende September an der Urne mit 54,5% ablehnte. Zwar konnte die Tessiner Regierung noch CHF 1,5 Mio. aus dem Swisslos-Fonds aktivieren; die Lega hatte gegen diesen Entscheid erfolglos vor Bundesgericht Beschwerde eingereicht. Mit dem Nein wurde aber ein Imageschaden befürchtet. Dem im August durch die Mailänder Staatsanwaltschaft aufgedeckten Korruptionssumpf hatten sich die Schweizer Unternehmen durch die Unterzeichnung von Legalitätsprotokollen entzogen.<sup>19</sup>

#### ANDERES

DATUM: 01.05.2015  
MARC BÜHLMANN

Am 1. Mai öffneten die Tore der **Weltausstellung in Mailand**, die um die Themen Ernährung, Nachhaltigkeit und Ressourcenverteilung kreiste. Der Schweizer Auftritt, für den das Parlament rund CHF 23 Mio. bewilligt hatte, stand unter dem Motto *Confooderatio*. Der 4432 Quadratmeter grosse Pavillon der Schweiz fiel durch vier aus Glashüllen bestehende Türme auf, in denen Lebensmittel zum Mitnehmen aufbewahrt wurden: 2,5 Mio. Portionen Nestlé-Café – Schweizer Exportprodukt Nummer 1 –, 2 Mio. Päckchen Salz, Wasser – aus dem Mailänder Grundwasser und nicht wie zuerst geplant aber wegen starker Kritik schliesslich nicht umgesetzt aus Nestlé-Wasserflaschen – und 420'000 Säckchen mit getrockneten Apfelingeln. Die Besucher durften sich bedienen, wobei die Vorräte mit der Zeit abnahmen, was anhand des sinkenden "Pegelstandes" der Lebensmittel in den glasigen Türmen sichtbar wurde. Das eigene Konsumverhalten sollte so zum Nachdenken über die endliche Verfügbarkeit von Lebensmitteln anregen: je mehr der einzelne konsumierte, desto weniger blieb den nächsten Expo-Gästen. Zu den vier Türmen im obersten Stockwerk wurden jeweils maximal 120 Personen per Lift gleichzeitig zugelassen. Im frei zugänglichen Erdgeschoss wollten die Gotthardkantone Graubünden, Tessin, Uri und Wallis ihre Bedeutung als Wasserschloss Europas hervorheben. Im Zentrum der Ausstellung der vier Kantone stand ein Granitblock, der den Gotthard symbolisierte – Wasser und Energie wurden hier zum leitenden Motto. In einem weiteren Raum im Erdgeschoss wollten drei Städte mit eigenen Ausstellungen die urbane und innovative Seite der Schweiz repräsentieren. Basel, Genf und Zürich liessen sich ihre jeweilige Ausstellung rund je CHF 1,5 Mio. kosten und beabsichtigten damit natürlich auch Standortmarketing. In die Kritik geriet die Zusammenarbeit Basels mit dem Agrochemiekonzern Syngenta, der mit einem Beitrag von CHF 200'000 nicht nur Hauptsponsor der baselstädtischen Ausstellung war, sondern die Ausstellung auch aktiv mitgestaltete. Während der Basler Regierungsratspräsident Guy Morin (BS, gp) die Zusammenarbeit verteidigte und auf die Bedeutung des Unternehmens für die Welternährung hinwies, hoben verschiedene NGOs und Umweltschutzkreise hervor, dass Syngenta in mehreren Ländern der Verletzung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten angeklagt sei. Einem solchen Konzern eine Plattform und ein Meinungsmonopol zu bieten sei verwerflich. Neben den Kantonen und den Städten versuchten auch Schweizer Lebensmittelproduzenten – allen voran die Bauern – die Weltausstellung als Werbepattform zu nutzen. Im Visier hatte man durchaus auch Schweizerinnen und

Schweizer, da mit rund 600'000 Besucherinnen und Besuchern aus der Schweiz gerechnet wurde – etwa eineinhalbmal so viele Besucherinnen und Besucher als an der Olma, der Schweizer Landwirtschaftsausstellung schlechthin.

Das Urteil über den Schweizer Pavillon fiel insbesondere im Vergleich mit den Ausstellungsobjekten der restlichen 144 Nationen, die auf dem 110 Hektaren grossen Expo-Gelände präsent waren, recht zwiespältig aus. Wurden auf der einen Seite die nüchterne Schlichtheit und die inhaltliche Konzentration auf das Thema der Weltausstellung gelobt, wurde der Pavillon auf der anderen Seite als potthässig bezeichnet. Man sehe, dass der Plattenbau nicht von Architekten, sondern von Marketingfachleuten entwickelt worden sei, kritisierte etwa der Tessiner Startarchitekt Mario Botta. Eine Weltausstellung sei immer auch innovative und architektonische Selbstdarstellung, was bei anderen Nationen, nicht aber bei der Schweiz, ersichtlich sei.

Insgesamt besuchten zwischen dem 1. Mai und dem 31. Oktober rund 21 Mio. Personen die Expo in Mailand. Rund 2,1 Mio. fanden dabei auch den Weg in den Schweizer Pavillon, 70% von ihnen waren italienische Staatsbürgerinnen und -bürger und rund 10% stammten aus der Schweiz selber. Bundesrat Didier Burkhalter zog beim Abschluss der Expo in Mailand Ende Oktober eine positive Bilanz. Erstens habe man die Kontakte mit Italien verbessern können. Umfragen zeigten zweitens, dass rund 20% der Besucherinnen und Besucher ein positiveres Bild der Schweiz hätten als vor dem Rundgang im Schweizer Pavillon. Den vier Türmen wurde zudem drittens die beste inhaltliche Publikumswirkung attestiert – was auch mit einem Preis honoriert wurde. Insbesondere der Wasserturm, der sich auch aufgrund der hohen Temperaturen rasch leerte, hatte vor Augen geführt, wie zentral ein intelligenterer Umgang mit der endlichen Ressource Wasser ist – eine Erkenntnis, die laut Didier Burkhalter zentral sei für die Schweizer Aussenpolitik.<sup>20</sup>

## Exposition universelle Dubai 2020–2021

### Landes- und Weltausstellungen

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 27.09.2017  
KAREL ZIEHLI

Le Conseil national accepte de délivrer une **demande de crédit d'engagement d'un montant de CHF 12.75 millions pour participer à l'exposition universelle de catégorie A organisée à Dubaï en 2020 et 2021**. Le Conseil fédéral assure que la moitié des coûts sera assumée par des tiers, ce qui permettra de réduire sensiblement le montant que la Confédération investira dans cette manifestation. Comme rappelé par le rapporteur francophone de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC), Fathi Derder (fdp/plr, VD), ce montant est bien inférieur au budget alloué au pavillon suisse lors de la dernière exposition universelle ayant eu lieu à Milan en 2015.

Le député Derder ainsi que la rapporteuse germanophone de la commission, Kathy Riklin (cvp/pdc, ZH), ont rappelé les opportunités que représente une telle manifestation pour la Suisse. D'un point de vue diplomatique, tout d'abord, la Suisse peut se profiler en tant que fournisseur de bons offices dans cette région chamboulée par les conflits, les guerres (notamment celle qui fait rage au Yémen et dans laquelle les Emirats arabes unis sont impliqués) et les tensions (avec le Qatar et l'Iran). Le conseiller fédéral Didier Burkhalter précise, par ailleurs, que l'une des thématiques abordées par le pavillon suisse sera l'eau comme source de paix. Le Parti socialiste et les Verts voient eux d'un mauvais oeil cette implication des Emirats arabes unis dans ces conflits et estiment qu'il est discutable de participer à une manifestation organisée par un tel pays. Ces tensions sont également source d'inquiétudes pour l'Union démocratique du centre qui y voit un danger pour la sécurité de la manifestation. La députée Glauser-Zufferey estime, de plus, que si les tensions augmentent, il y a un risque que les sponsors se désengagent, obligeant de ce fait la Confédération à payer plus que prévu – un point que le chef du Département fédéral des affaires étrangères a immédiatement relativisé, précisant que divers scénarios ont été simulés et qu'en cas d'annulation la Confédération ne payerait que ce qui aura été construit.

Cette manifestation est, de plus selon Didier Burkhalter, aussi l'occasion de promouvoir les valeurs qui font la Suisse, telles que les droits de l'Homme. Cet aspect est également pointé du doigt par le PS, les Verts ainsi qu'Amnesty International qui soulèvent, tous trois, les problèmes que connaît le pays en la matière. L'organisation spécialisée dans la défense des droits de l'Homme estime toutefois qu'un boycott serait contreproductif et adopte la même position que les deux partis de gauche, à savoir, profiter de cette occasion pour thématiser ces questions-là. Didier Burkhalter souligne que les Emirats arabes unis ont récemment adopté une nouvelle loi sur la protection des travailleurs, et cela très probablement grâce à la pression internationale. De plus, les entreprises qui

construieren das Schweizer Pavillon werden mehreren Klauseln unterworfen, die den Missbrauch verhindern sollen.

Die beiden Berichterstatter der Kommission haben schließlich auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die eine solche Veranstaltung bietet, insistiert. 2,5 Millionen Besucher sind auf den Schweizer Stand (das ist ein Zehntel des geschätzten Gesamtbesuchers) zu erwarten, was eine medienwirksame und touristisch sehr interessante Ausstellung darstellt. Darüber hinaus sind die Vereinigten Arabischen Emirate der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz im Nahen Osten. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern sind auf 9 Milliarden Franken im Jahr 2016 gestiegen, wobei die Handelsbilanz zu Gunsten der Schweiz um 1,5 Milliarden Franken liegt. Diese Ausstellung ist daher eine Gelegenheit, das wirtschaftliche Partnerschaftsverhältnis zu stärken und die Schweiz als ein Land der Innovation darzustellen, das in diesem Zusammenhang eine thematische Hauptbotschaft hat: "Verbinden Sie Geister, bauen Sie die Zukunft".

Mit der Unterstützung der Fraktionen der Grünen-Liberalen, der Liberalen-Radikalen, der Christlichen und Bourgeoisen Demokraten, unter der Bedingung der Unterstützung durch die Sozialisten und die Grünen (die beide wollen, dass die Schweiz diese Ausstellung für die Förderung ihrer demokratischen und humanistischen Werte nutzt) sowie der Unterstützung durch einen Teil der Union der Mitte, wurde diese Kreditanfrage weitgehend genehmigt, mit 128 Stimmen gegen 26 und 26 – letztere stammten hauptsächlich von den Reihen der UDC und der PS.

Die Besucher werden daher einen Schweizer Pavillon mit inspirierten Bögen der Bedouin-Zelte und in dem es möglich sein wird, eine Form der Randonnée durch die Schweiz, in Form einer "Einführung" – wie in den Medien durch den Chef der Schweizer Präsenz Nicolas Bideau – zu erleben, gefolgt von den Bex-Salinen, unter anderem, und der Projektion der schönsten Landschaften, die die Schweiz ausmachen.<sup>21</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 04.12.2017  
SAMUEL BERNET

Das Geschäft wurde im Ständerat einstimmig angenommen: Mit 39 zu 0 Stimmen (1 Enthaltung) schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an und stimmte der Teilnahme der Schweiz an der **Weltausstellung Dubai 2020** und dem dafür vom Bundesrat beantragten Verpflichtungskredit von CHF 12,75 Mio. einstimmig zu. Damit wurde der Antrag vom Parlament genehmigt und das Geschäft erledigt.<sup>22</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 12.11.2019  
CHRISTIAN GSTEIGER

Im Juli 2019 wurde eine mediale **Kontroverse über den Auftritt der Schweiz an der Weltausstellung 2020** in Dubai ausgelöst, als bekannt wurde, dass der Schweizer Pavillon großzügig vom Tabakproduzenten **Philip Morris** gesponsert werden sollte. Insbesondere Bundesrat Ignazio Cassis geriet wegen des «Tabaksponsorings» in Kritik, auch da er ehemals als Präventivmediziner tätig war.

Die Zeitungen der CH Media legten im Juli offen, dass es sich bei den beiden Hauptsponsoren der Expo um Schindler sowie Philip Morris handle, aber auch Unternehmen wie Nestlé, Novartis und Clariant Geldgeber seien. Denn anders als bei früheren Auftritten an Weltausstellungen stamme diesmal über die Hälfte des Budgets (CHF 7,5 Mio. von insgesamt CHF 15 Mio.) für den Schweizer Pavillon von Sponsoren. Wie das EDA gegenüber CH Media bestätigte, wollte sich der weltgrößte Tabakhersteller Philip Morris mit Sitz in New York (USA) und Lausanne als «Main Partner» mit einer Summe von rund CHF 1,8 Mio. am Schweizer Pavillon beteiligen. Als solche erhalten die Konzerne im Gegenzug eine «Assoziation ihres Images mit jenem der offiziellen Schweiz», was heisst, dass sich der Zigarettenkonzern mit «dem Gütesiegel der Eidgenossenschaft» der Weltöffentlichkeit präsentieren könne, betonten die Medien. Dazu gehöre ein sogenanntes «Sponsoringpaket mit über 30 Leistungen», welches beispielsweise eine permanente Ausstellungsfläche von 75 Quadratmetern im Pavillon oder das Recht beinhalte, das offizielle Logo des Pavillons für eigene Werbung zu verwenden. Auch auf Bildschirmen an und ausserhalb der Weltausstellung dürfe der Tabakkonzern mit der «Marke Schweiz» Werbung betreiben, zudem profitiere er von den «Verbindungen des Bundes zu den lokalen Behörden in Dubai».

Das Auswärtige Departement betonte derweil, dass man sich an die Gesetze der Schweiz und des Gastlandes halte und der Bund sich nicht an der Bewerbung «tabakbezogener Produkte» beteiligen werde. Dennoch werde es auf dem Pavillon eine nur für Personen über 21 Jahren zugängliche Dachterrasse geben, wo man die «Heat-not-burn»-Zigarette IQOS testen könne. Diese elektronische Zigarette wird von Philip Morris gerne als neuartige Form des Tabakgenusses angepriesen, gar als Verbindung zwischen «Wissenschaft und Innovation» – wofür eben «der Schweizer Pavillon die perfekte Plattform» darstelle, wie der «Blick» einen Konzernsprecher zitierte. Wenn aber nun auch das Departement von Bundesrat Cassis diesbezüglich von einer «Alternative zur traditionellen Zigarette» spreche, so töne dies wie der Werbespruch

von Philip Morris, konstatierte die Aargauer Zeitung.

Neben Reaktionen, die gesundheitspolitische Bedenken vorbrachten, löste der Fall auch eine grundsätzliche Diskussion um die Sponsoringpolitik des Aussendepartement aus. Die Präsidentin der APK-NR, Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL) kündigte aufgrund der vielen Reaktionen eine Grundsatzdebatte über die Sponsoringpolitik des Aussendepartements in ihrer Kommission an. Auch äusserten sich weitere Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum Fall: Carlo Sommaruga (SP, GE) etwa sprach laut der «Tribune de Genève» von einer Privatisierung der «politique étrangère» und gleichzeitig sicherte Bundesrat Cassis zu, er wolle die Sponsoringpartnerschaft überprüfen, denn er sei noch «gar nicht im Detail» über die Sache informiert worden. Später teilte der Aussenminister gegenüber der Medien gar mit, das Dossier sei nie auf seinem Tisch gelegen.

Die Berichte über die umstrittene Zusammenarbeit und die Spekulationen über die Rolle sowie die Kritik an der Person Cassis' häuften sich schliesslich ebenso wie die Sorge um das internationale Image der Schweiz. Denn, so ein Kommentar von Anna Wanner in der Aargauer Zeitung, dem Tabakkonsum hafte heute ein negatives Bild an und dieses färbe durch das Sponsoring Philip Morris' auch auf die Schweiz ab. Zeitgleich titelte man im deutschen «Handelsblatt»: «Rauchen gefährdet die Gesundheit – und das Image».

Die Sorge um einen Imageschaden teilte schliesslich auch Cassis: Aufgrund der heftigen Kritik verordnete der Bundesrat den Verzicht auf die Gelder des Tabakkonzerns. Damit wird Philip Morris an der Weltausstellung 2020 in Dubai als Sponsor wegfallen, wie die Presse am 31. Juli bekannt gab. Man wolle das Hauptziel in Dubai, die «Vermittlung eines positiven Images der Schweiz», nicht in Frage stellen, lautete die Begründung in einer Medienmitteilung des Aussendepartements, denn für die Ausstellung werden 25 Mio. Besucher aus 190 verschiedenen Ländern erwartet.

Mit dem Entscheid zu Philip Morris erteilte Cassis zudem der EDA-Organisation «Präsenz Schweiz» den Auftrag, die Sponsoringpraxis des Bundes zu überprüfen. Es war nämlich bereits das zweite Mal in diesem Jahr, dass der Tabakkonzern Philip Morris mit seinem Sponsoring öffentlicher Schweizer Anlässe für Aufsehen sorgte: Im Juni trat der Konzern als Sponsor beim Eröffnungsfest der neuen Schweizer Botschaft in Russland auf. Im Ständerat liebäugelte man deshalb bereits mit einem Verbot von Finanzierungen öffentlicher Veranstaltungen durch die Tabakbranche.<sup>23</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 29.05.2020  
CHRISTIAN GSTEIGER

Nach der Spendenaffäre rund um den Tabakmulti Philip Morris 2019 im Hinblick auf die 2020 anstehende **Weltausstellung in Dubai** schaffte es der Bund nicht, genügend **Sponsorengelder** für den Schweizer Pavillon zusammenzutragen. Es fehlten noch CHF 4 Mio. der insgesamt CHF 15 Mio., wie die Aargauer Zeitung Anfang des Jahres 2020 berichtete; CHF 1.8 Mio. davon hätte der Tabakkonzern beisteuern sollen. Laut Presse schloss das Aussendepartement unterdessen aus, dass die fehlenden Gelder noch mittels Sponsoren gefunden werden können, wenn auch weiterhin «Verhandlungen mit potenziellen Partnern» geführt wurden. Höchstens CHF 1 Mio., so die Hoffnung, könnte noch zusammenkommen, für die restlichen CHF 3 Mio. werde man wahrscheinlich auf Bundesgelder zurückgreifen müssen.

Gemäss der Einschätzung der Aargauer Zeitung hatte der Bund das Zusammentragen von Spendengeldern für Dubai unterschätzt: Einerseits schade das Debakel um die Partnerschaft mit Philip Morris dem Vorhaben, da fortan die Wortkombination «Schweiz, Expo, Dubai» mit den negativen Meldungen von 2019 in Verbindung gebracht würde. Lust darauf, Sponsoringpartner zu werden, habe nun kaum jemand mehr. Andererseits kam hinzu, dass wirtschaftliche und geopolitische Gründe – der persische Golf war zuletzt eine risikobehaftete Region – die Vorfreude auf eine Expo trübten, obschon die Veranstalter in den Emiraten im Vorfeld davon sprachen, die «bisher grösste und spektakulärste Expo» abhalten zu wollen.

Etwas später im selben Jahr wurde bekannt, dass die Expo in Dubai und andere internationale Anlässe wie die olympischen und paralympischen Spiele in Tokyo aufgrund der **Corona-Pandemie auf das Jahr 2021** verschoben würden. Am 29. Mai teilte das BIE definitiv mit, die Ausstellung in Dubai werde neu vom 31. Oktober 2021 bis 31. März 2022 stattfinden. Bereits in einer Medienmitteilung im April kommunizierte die dafür zuständige Stelle des EDA, Präsenz Schweiz, der Bundesrat habe seine Absicht bestätigt, die beiden Grossveranstaltungen auch im nächsten Jahr «für die Promotion der Schweiz» nutzen zu wollen. Für die Schweiz, so schätzte Präsenz Schweiz, entstünden durch die Verschiebung der Grossanlässe zusätzliche Kosten in Höhe von CHF 2 Mio. Die Verschiebung sah man aber auch als Chance: So könne die Schweiz das

neue Datum gleich nutzen, sich und ihre Wirtschaft in der «Post-Covid-19-Phase» zu positionieren.<sup>24</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 01.10.2021

MATHIAS BUCHWALDER

Repoussée d'une année en raison de la pandémie, l'**exposition universelle de Dubaï a finalement pu se tenir**, réunissant 192 pays entre octobre 2021 et mars 2022. Le directeur de Présence Suisse Nicolas Bideau s'est réjoui via un tweet du passage de 1.6 million de visiteurs et visiteuses dans le pavillon suisse. Celui-ci avait pour objectif de mettre en avant des éléments phares du pays, à savoir les Alpes, le chocolat et l'innovation. Pourtant, ce succès n'a pas déclenché l'enthousiasme des médias. Les rares articles de presse s'intéressant à l'exposition universelle se sont montrés plutôt critiques à l'encontre de l'événement, qualifié de «version utopiste de la globalisation dans laquelle tout est démesure» par le journal Le Temps. Le site de l'exposition, grand comme deux fois Monaco, a coûté environ CHF 6.5 milliards. Des doutes subsistent quant à son utilité après l'exposition, bien que les autorités de l'émirat aient assuré que le site sera reconverti en une «ville du futur». La construction des infrastructures avait déjà suscité de nombreuses critiques, le parlement européen ayant notamment appelé au boycott de la manifestation en raison de violations des droits humains aux Émirats arabes unis. En outre, le Temps a mis en lumière les **conditions de travail peu glorieuses** durant l'expo. Une étude de l'ONG britannique Equidem a fait état de plusieurs manquements (paiement de frais de recrutement, rétention de passeport, non-versement des salaires) auxquels sont exposés les travailleurs et travailleuses. Ceux-ci sont, pour la plupart, des migrant.e.s originaires de régions pauvres d'Asie ou d'Afrique. Ils se rendent dans les pays du Golfe dans l'espoir de mieux gagner leur vie, et finissent par effectuer ce qui s'apparente à du travail forcé. Selon Le Temps, la plupart des expert.e.s indiquent cependant que les conditions de travail à l'Expo sont meilleures que celles qui règnent habituellement dans les Émirats arabes unis. Interrogé à ce sujet, Nicolas Bideau a indiqué que la Suisse «est intervenue à plusieurs reprises via l'ambassade à Abu Dhabi pour inviter l'Expo à instaurer des standards internationaux en matière de protection des travailleurs, tels que ceux de l'Organisation internationale du travail». Le directeur de Présence Suisse a cependant reconnu ne pas avoir de garanties en dehors des mécanismes de contrôle en place. La prochaine exposition universelle se tiendra à Osaka en 2025.<sup>25</sup>

## Exposition universelle Osaka 2025 (Ob. 22.027)

### Image der Schweiz im Ausland

#### INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

DATUM: 11.05.2021

MATHIAS BUCHWALDER

Le Conseil fédéral a annoncé le 11 mai 2021 que **la Suisse participera à l'exposition universelle 2025**, qui se tiendra à **Osaka**, au Japon. Alors que l'exposition aura pour thème «Concevoir la société du futur, imaginer notre vie de demain», le Conseil fédéral souhaite présenter une Suisse innovante, prête à relever les défis globaux auxquels fait face l'humanité, et particulièrement celui du réchauffement climatique. Le communiqué de presse souligne que cet enjeu devrait être au centre de l'exposition, «cinq ans avant l'échéance fixée pour la réalisation des 17 objectifs de développement durable de l'Agenda 2030». Un quart des coûts – qui se montent à CHF 17.6 millions – devra être pris en charge par des contributions de sponsors. Ces parrainages seront toutefois soumis aux nouvelles directives édictées en 2020 par le DFAE, dans le but d'éviter un scandale tel que celui lié à la participation de Philip Morris au pavillon suisse à l'exposition universelle de Dubaï. L'Assemblée fédérale devra, à son tour, se prononcer sur la participation de la Suisse et le budget qui en découle au début de l'année 2022.<sup>26</sup>

#### BUNDESRATSGESCHÄFT

DATUM: 18.03.2022

MATHIAS BUCHWALDER

Dans le cadre du message relatif à la participation de la Suisse à l'**exposition universelle 2025 à Osaka**, le Conseil fédéral a soumis au Parlement une **demande de crédit** de CHF 16.7 millions. Pour rappel, le thème du pavillon suisse sera «la Suisse innovante». Dans son communiqué, le Conseil fédéral a précisé que le total des dépenses se montera à CHF 19.4 millions, dont 1.8 seront compensés par «des prestations en nature et des réductions de prix», ramenant le total à CHF 17.6 millions. Dans ce montant, CHF 4.4 millions proviendront de contributions de sponsoring. Celles-ci devront répondre aux nouvelles directives du DFAE.<sup>27</sup>

La Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des États (CSEC-CE) **approuve la demande de crédit** de CHF 16.7 millions pour la **participation de la Suisse à l'exposition universelle 2025 à Osaka**. Dans son communiqué de presse, la commission fait part de sa satisfaction quant aux thèmes que le pays a prévu de mettre en avant, à savoir la force d'innovation de la Suisse, ainsi que ses compétences dans les secteurs de l'environnement et de l'économie.<sup>28</sup>

En présence de l'ambassadeur du Japon, les parlementaires fédéraux ont débattu de la **participation de la Suisse à l'exposition universelle d'Osaka** en 2025. De manière surprenante, de longs échanges ont eu lieu au **Conseil national**. Ceux-ci ont porté sur la pertinence des expositions universelles au 21e siècle, sur les coûts financiers, mais aussi environnementaux, qu'elles engendrent, et sur l'image que la Suisse désire y présenter. L'**arrêté** concernant la participation de la Suisse a finalement été **adopté** par 136 voix contre 30 et 23 abstentions, conformément à la proposition de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC-CN). Le passage de l'objet devant le **Conseil des États** a été plus calme. Les sénateurs et sénatrices l'ont en effet accepté par 32 voix contre 0 (1 abstention). Les discussions à la chambre basse démontrent néanmoins que la sphère politique n'est pas prête à accorder un blanc-seing à l'administration fédérale pour l'organisation de tels événements.

Lors des débats au Conseil national, les membres de la commission compétente ont d'abord rappelé que trois thématiques seront mises en avant par le pavillon suisse à Osaka. Premièrement, les sciences de la vie, la santé et l'alimentation seront regroupées sous le mot-clé « Life ». Deuxièmement, le terme « Planet » englobera l'environnement, la durabilité, le climat et l'énergie. Troisièmement, la robotique et l'intelligence artificielle formeront le volet « Augmented human ». Pour permettre à la Suisse de se présenter sous une facette innovante, des dépenses totales de CHF 19.4 millions sont prévues. Parmi celles-ci, CHF 4.4 millions doivent être couvertes par des contributions de sponsoring, selon les nouvelles directives du DFAE en la matière. Ce point en particulier a été critiqué par Stefania Prezioso Batou (eàg, GE), qui a déploré le manque de transparence lors de la sélection des sponsors. Recommandant, au nom du groupe des Vert.e.s, de s'abstenir lors du vote, elle s'est posée la question de la légitimité d'une exposition universelle au 21e siècle. La même interrogation a agité, de l'autre côté de l'échiquier politique, Peter Keller (udc, NW), pour qui le principe des expositions universelles est dépassé. Selon lui, il n'est plus nécessaire de se présenter sous son meilleur jour au reste du monde, alors que la digitalisation et l'expansion du tourisme permettent aujourd'hui à tout un chacun de découvrir la planète. Arguant qu'il n'y a pas de petites économies, il a notamment mis en avant la possibilité d'épargner les millions prévus pour le pavillon, recommandant ainsi, au nom de la fraction agrarienne, de refuser l'arrêté. Les groupes socialistes, vert/libéraux et du Centre se sont en revanche prononcés en faveur de l'objet, en raison notamment des relations étroites que la Suisse entretient avec le Japon, un partenaire économique important.<sup>29</sup>

1) AB NR, 1992, S. 1285 f. ; AB NR, 1992, S. 883 ff. ; AB SR, 1992, S. 480 ff. ; TA, 15.4.92; Presse vom 10.6.92.  
2) AB NR, 1992, S. 1765 ; AB NR, 1992, S. 1781 f. ; AB SR, 1992, S. 1002 f. ; BBl, 1992, V. S. 505 ff. ; BBl, 1992, VI, S. 144  
3) AB NR, 1992, S. 2467 ff. ; AB SR, 1992, S. 1087 ff. ; AB SR, 1992, S. 1256 ; Blick, 20.8.92; TA, 5.10.92.  
4) AB NR, 1998, S.2556 f.; AB SR, 1998, S. 1114 f.; BBl, 1998, VI, S. 4665 ff.; BBl, 1998, VI, S. 4665 ff.; NZZ, 14.12.98; LT, 29.12.98.  
5) AB NR, 1999, S. 1798 f.; LT, 13.8.99, NZZ, 15.4.99.  
6) AB NR, 2000, S. 1197; AB NR, 2000, S. 516 ff.; AB SR, 2000, S. 338 ff.; Presse vom 10.6.00; NZZ, 26.6.00; TA, 26.6.00; BaZ, 27.6.00.  
7) BBl, 2002, S. 7751 ff.; BZ, 1.5.02; Bund, 17.10.02; NZZ, 14.11.02.  
8) AB NR, 2003, S. 1045 ff.; AB SR, 2003, S. 100 f.; BBl, 2003, S. 4824; SGT, 7.3.03.  
9) TA, 19.3.05; SGT, 21.3.05; AZ, 15.4.05; NZZ, 16.4.05.  
10) AB SR, 2007, S. 697 f.; BBl, 2007, I, S. 4323 ff.; BZ und LT, 25.5.07; SHZ, 6.6.07.  
11) AB NR, 2008, S. 38 ff.; BBl, 2008, S. 2489; Bund, 5.3.08.  
12) BO CE, 2008, p. 697 s.; BO CN, 2008, p. 38 ss.; FF, 2008, p. 2269 s.  
13) Presse vom 28.04 und 02.11.10.  
14) Medienmitteilung EDA vom 3.2.11; SoS, 4.2.11; BaZ, 31.3.11.  
15) BO CN, 2011, p. 1263.  
16) AB NR, 2011, S. 1264; AB NR, 2012, S. 1208; AB NR, 2012, S. 1464 ff.; AB NR, 2012, S. 1469 f.; AB SR, 2012, S. 153 f.; AB SR, 2012, S. 942 ff.; AB SR, 2012, S. 945 ff.; NZZ, 19.9. und 27.11.12.  
17) BBl, 2013, S. 229 f.; NZZ, 24.5.13.  
18) NZZ, 7.2.14; SoZ, 16.3.14; NZZ, 13.9.14; Blick, 20.9., 22.10.14; LT, NZZ, 10.12.14  
19) BaZ, 22.4.14; NZZ, 30.5., 30.7., 10.9., 19.9.14; NZZ, TA, 29.9.14  
20) BZ, BaZ, LT, NZZ, 25.2.15; BaZ, 26.2.15; NZZ, 7.3.15; AZ, NZZ, 20.3.15; BZ, 4.4.15; TA, 8.4.15; BLZ, 9.4.15; NZZ, 17.4.15; SoZ, 19.4.15; BZ, Blick, CdT, LT, LZ, SGT, 21.4.15; NZZ, 25.4., 30.4.15; Lib, 1.5.15; AZ, LT, LZ, NZZ, 2.5.15; SO, 3.5.15; TA, 4.5.15; So-Bli, 17.5.15; CdT, 19.5.15; NZZ, 18.6., 20.6.15; BLZ, 5.8.15; NZZ, 27.10.15; BLZ, 30.10.15; NZZ, 31.10.15; SO, 1.11.15

- 21) AB NR, 2017, S. 1592; AZ, LMD, 27.9.17  
22) AB SR, 2017, S. 850ff.  
23) Medienmitteilung EDA vom 30.7.2019; AZ, SGT, 18.7.19; AZ, SGT, 19.7.19; AZ, Lib, 22.7.19; AZ, BaZ, Blick, LT, Lib, TG, 23.7.19; AZ, BaZ, Blick, LT, SGT, 24.7.19; BaZ, Blick, 25.7.19; AZ, SGT, TG, 27.7.19; AZ, BaZ, Blick, Lib, SGT, TG, 31.7.19; SoZ, 4.8.19; AZ, SGT, 7.8.19; AZ, 14.8.19; WW, 15.8., 22.8.19; AZ, 27.9., 13.11.19  
24) Medienmitteilung BIE vom 29.5.2020; Medienmitteilung Präsenz Schweiz vom 29.04.2020; AZ, 31.1.20  
25) LT, 5.3.22; RTS, 31.3.22; 24H, 1.10., 7.10.21; Blick, 9.10.21; CdT, 13.10.21  
26) Communiqué de presse Conseil fédéral du 11 mai 2021  
27) Communiqué de presse Conseil fédéral du 18 mars 2022; FF, 2022 802; FF, 2022 803  
28) Communiqué de presse CSEC-CE du 18 octobre 2022  
29) BO CE, 2022, p. 1200 ss.; BO CN, 2022, p. 2159 ss.